

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Kreispreis: Die normal gefaltete Hauptausgabe 2 Pf. für Familienkreisläufer 3 Pf. (für den Postweg 4 Pf.). Bei den Postämtern 1,50 Pf. (für den Postweg 2 Pf.). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Feiertagen und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt behält sich Redaktion auf Lieferung der Zeitung über Zustellung des Hauptpostales. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Fritz Selbmann, Dresden, Steinstraße 1, Tel. 1739. Verleger: Friedrich Verlagsgesellschaft, Dresden, Steinstraße 1, Tel. 1739. Gedruckt Dresden 1933

9. Jahrgang Dresden, Montag den 16. Januar 1933 Nummer 13

Mit Luxemburg und Liebknecht

Wir greifen mutig an!

Der Führer der Kommunistischen Partei Frankreichs bekräftigt an den Gräbern Luxemburgs und Liebknechts das Gelöbnis zum proletarisch-revolutionären Internationalismus

Berlin, 16. Januar (Eig. Drahtber.)

In 18 Kienzügen demonstrierten gestern die Berliner Arbeiter nach Friedrichsfelde. Der Höhepunkt vieler wichtigen Demonstration war das überragende Auftreten des Führers der Kommunistischen Partei Frankreichs — des Genossen Thorez — an den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Der gemeinsame Treffpunkt am Wagnerplatz konnte die heranziehenden Massen der Arbeiter nicht fassen, so daß die Redner, darunter die Genossen Pich und Voigt, dreimal zu den ankommenden Massen sprechen mußten.

Genosse Thorez

„Am Grabe der Revolutionen, nachdem er die brüderlichen Grüße des französischen Proletariats überbracht hatte, wendete er an: „Unser Feind ist nicht der Arbeiter Berlins — dieser Feind ist die Welt — unser Feind, das ist die internationale Bourgeoisie, welche durch die Ruhrbewegung verlor und die immer noch verlor, auf Grund des unglücklichen Versalles Vertrag ihre Herrschaft in Europa zu führen.“

„Wir Kommunisten Frankreichs kämpfen und ruhen die Arbeiter Berlins nicht, bis wir die Welt in die Hände der Arbeiter haben.“

„Wir kämpfen für die sofortige Abkündigung des Versalles Vertrag, für die endgültige und bedingungslose Freilassung der Repressionen auf Nicht einen Pfennig vom deutschen Volk — das ist unsere Forderung!“

„Wir kämpfen für die sofortige Abkündigung des Versalles Vertrag, für die endgültige und bedingungslose Freilassung der Repressionen auf Nicht einen Pfennig vom deutschen Volk — das ist unsere Forderung!“

„Wir wollen die Ketten von Versailles zerbrechen, welche das deutsche Volk zerschneiden und wir kämpfen für die vollständige Unabhängigkeit der Kolonialländer, weil wir wissen, daß ein Volk, welches andere unterdrückt, nicht frei sein kann.“

„Wir hoffen, daß niemals seit 1918 und seit dem Ausbruch der Kriegsgeschehnisse größer war denn jetzt, niemals die Kriegsgeschehnisse größer als gegenwärtig. Schon haben wir den Krieg im Fernen Osten mit dem japanischen Angriff gegen China, ein Vorbild zu einem Kienkrieg zwischen den imperialistischen Mächten — während andererseits die vereinigten Kapitalisten gegen die Sowjetunion — das Land ohne Krise und Arbeitslosigkeit, das Land des sozialistischen Aufbaues und der wunderbaren Erfolge des ersten Fünfjahresplans, rüsten. Aber gemeinsam mit den deutschen Arbeitern werden die französischen Arbeiter das proletarische Vaterland verteidigen. Wir Arbeiter Frankreichs werden auch die Hände entgegen.“ (Langandante, stürmische Rot-Front-Musik)

Genosse Pich antwortet

„Genosse Thorez — sagen Sie den französischen Arbeitern, daß wir die uns entgegengebrachte Hand fassen, daß wir sie fest, herzlich und brüderlich ergreifen und daß wir die Kriegsverbrechen deutscher und französischer Proletarier gegen kein Volk dulden.“

Das Auftreten des Genossen Thorez, sein scharfes Konzept gegen den Versalles Vertrag über das Grab Karls und Rosas hinweg stellt eine Bekräftigung der schon von Karl Liebknecht geäußerten Forderung des internationalen proletarischen Kampfes dar. Die Rede des Genossen Thorez ist eine Unterstreichung der Forderung Karl Liebknechts: „Der Hauptfeind jedes Volkes steht im eigenen Land!“

Das Auftreten des Führers unserer französischen Arbeiterpartei am Grabe Karls und Rosas zeigt, wie die Kommunisten des schon von Liebknecht und Luxemburg erhobene Kampfbanner des proletarischen Internationalismus führen und entfalten.

Nachdem schon das Auftreten des Genossen Ernst Thälmann vor einigen Wochen vor den Pariser Arbeitern ein Zeichen der verstärkten Sammlung der Massen zum Kampf unter den Fahnen unserer Internationalismus war, nachdem wir viele Reden aus Anlaß des 10. Jahrestages der Ruhrbesetzung lebendig gehalten haben, führen wir diese führende Offensiventscheidung weiter und sammeln die Massen unter dem Banner des proletarischen Internationalismus!

Die Gewerkschaftler in die Einheitsfront!

Die Oppositionskonferenz der Gewerkschaftler in Dresden

Dresden, den 16. Januar 1933.

Am Sonntag fand in Dresden die Oppositionskonferenz der Gewerkschaftler der Ortsorganisationen Dresdens statt, die zur Arbeit der Opposition und insbesondere zu den bevorstehenden Gewerkschafts- und Betriebsrätewahlen Stellung nahm. Es waren 90 Delegierte aus den verschiedenen Verbänden und eine Anzahl freigeschaffener organisierter Arbeiter und Angestellte als Gäste erschienen. Von den Delegierten gehörten 33 der KPD und 57 einer politischen Partei an. Es wurde ein Appell an die Gewerkschaftsmitglieder der Dresdener Ortsorganisationen und eine Entschliebung angenommen, in der die Aufgaben der Opposition konkret angegeben werden.

Unter den Delegierten befanden sich auch einige Jugendkollegen und Vertreter der Angestellten, die aktiv an den Beratungen teilnahmen. Ein Mangel der Konferenz war, daß nur sieben Frauen und nicht ein oppositioneller sozialdemokratischer Arbeiter an der Konferenz delegiert waren.

Der Leiter des Ortskomitees der KPD hielt das Referat und der Vorsitzende der Kommission oppositioneller Gewerkschaftler nahm ausführlich zu den praktischen Arbeiten Stellung. Die Diskussion war außerordentlich lebendig. Die Delegierten der einzelnen Verbände schilderten die Lage in ihren Organisationen und die besonderen Aufgaben in ihren Verbänden. Während der Mittagspause tagten die einzelnen Industriegruppen.

Der Verlauf der Konferenz hat bewiesen, daß schon in der letzten Zeit der verstärkten innergewerkschaftlichen Arbeit Erfolge erzielt wurden. So konnten die Delegierten der Zimmerer Verbände, daß in einer Delegiertenversammlung alle Anträge der Opposition einstimmig angenommen wurden. Die Dresdener Zimmerer fordern u. a. auch den Ausschluß der Partei aus dem Verband.

Diese erste Konferenz der oppositionellen Gewerkschaftler war ein Schritt zu den Gewerkschaftswahlen und der ideologischen Klärung gegen den Versalles Vertrag. Jetzt gilt es entscheidend den Beschluß in allen Gewerkschaftsorganisationen eine einheitliche Oppositionsbewegung zu schaffen. Besteht alle wählbaren Gewerkschaftsfunktionen und Betriebsräte mit oppositioneller Haltung.

Oppositionserfolg bei den Eisenbahnern

Die Generalversammlung der Zahlstelle Burgkloster in Sachsen, des Einheitsverbandes der Eisenbahner wählte fünf oppositionelle Kollegen in den sechsstelligen Vorstand. Eine Pro-

testamentliche Legung gegen den Schleicher-Versalles-Kurs wurde einstimmig (bei der Stimmenthaltung) angenommen.

Bei der Neuwahl der Zahlstellenleitung (Kleinendorfer, Kreis Dresden, des Hauptgewerksverbandes) hatte die Opposition die gesamte Zahlstellenleitung delegiert, wenn nicht der Versalles Gewerkschaftsleiter mit abgestimmt hätte, der in dieser Zahlstelle überhaupt kein Stimmrecht besitzt. Bei der Wahl des ersten Vorsitzenden und ersten Schriftführers erhielten die Opposition und die Reformisten je 20 Stimmen. Zum zweiten Vorsitzenden und zweiten Schriftführer wurden zwei oppositionelle Kollegen gewählt.

Steigert das Thälmann-Aufgebot!

Verbindet betriebliche Massenwerbung für die KPD mit der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen!

In den Zellen und Ortsgruppen unserer Partei werden die Anstrengungen zur Erfüllung des Thälmann-Aufgebotes verstärkt. Die Werbung für die Partei und die Werbung neuer Abonnenten für unsere Presse macht Fortschritte. Noch ist aber die Werbung in nicht genügendem Maße verbunden mit der Mobilisierung für die Betriebsrätewahlen und der betrieblichen Alltagsarbeit. Das eine oder das andere wird noch zu hart voneinander getrennt durchgeführt. Verbinden wir diese revolutionäre Tätigkeit fester, so werden wir auch die Erfolge steigern. Das gilt vor allem in Hinblick auf die große Mobilisierung zu den Betriebsrätewahlen!

Der UB Zittau meldet neue Erfolge

Von folgenden Ortsgruppen des Unterbezirkes Zittau werden neue Werbergebnisse gemeldet:

- Eberbach . . . 4 Abonnenten für die Arbeiterstimme
- Waldorf . . . 2 Abonnenten für die Arbeiterstimme
- Eibau . . . 2 Abonnenten für die Arbeiterstimme
- Niederoderwitz . . 4 Abonnenten für die Arbeiterstimme
- Oberoderwitz . . 3 Abonnenten für die Arbeiterstimme
- Zittau . . . 3 Betriebsarbeiter für die Partei

Auch Bischofswerda stößt vor

Von vorbildlicher Arbeit berichtet die Ortsgruppe Bischofswerda im Unterbezirk Kadobitz:

Diese verkaufte bis jetzt:

- 700 Arbeiterstimmen im Freierwerb
- 150 Volkswagen im Freierwerb
- für 21,50 Mark sonstige Literatur

Sie machte folgende Neuaufnahmen: für die Kommunistische Partei zehn, davon zwei Betriebsarbeiter und ein Betriebsrat; für die NSD drei Betriebsarbeiter.

Sie gründete außerdem eine neue Parteizelle in Goldbach. An neuen Abonnenten für die Parteipresse wurden gewonnen 14 Abonnenten für die Arbeiterstimme 2 Abonnenten für das Volkswagen.

Alle diese Beispiele zeigen von den großen Möglichkeiten, die sich unserer Werbung bieten. Jetzt heißt es für alle Ortsgruppen, das fürs Thälmann-Aufgebot aufgestellte Ziel sich zu setzen und bei planmäßiger Arbeit zu erreichen. In diesem Sinne:

Vortwärts zu stets neuen Erfolgen!

Morgen Dienstag, 17. Januar 18 Uhr, im Eldorado, Steinstraße große Parteiarbeiterkonferenz für Dresden

Der Führer unserer sächsischen Parteiorganisation, Gen. Fritz Selbmann, spricht!

Der Zutritt ist nur gegen Ausweis und Mitgliedsbuch gestattet. Kommunistische Partei Groß-Dresden

Zum Zusammentritt des Dresdner Stadtverordnetenkollegiums

Die Kommunistische Partei ist die einzige Interessenvertretung der Werktätigen Dresdens

Heute tritt das am 13. November vorigen Jahres gewählte Dresdner Stadtverordnetenkollegium zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der späte Termin des Zusammentritts ist, wie aus Meldungen des Rates hervorgeht, auf den Wunsch verschiedener Fraktionen zurückzuführen. Der Rathband um die Bekleidung des Präsidiums und der Ausschüsse stand vielen Herrschaften höher bekannter des späten Termins vom Oberbürgermeister den sofortigen Zusammentritt des Kollegiums für den 2. Januar gehungernade Einwohnerschaft zu sehen. Der Oberbürgermeister hat diese Forderung, sicher geküßt auf die arbeiterfeindliche Mehrheit des Kollegiums von den Nazis bis zur SPD, abgelehnt.

Die Tagesordnung, die zu der ersten Sitzung verabschiedet wurde, enthält als ersten Tagesordnungspunkt die Wahl des Präsidiums und der Ausschüsse. Erst nach diesem Punkt folgen die kommunistischen Anträge. Auch das ist wieder kennzeichnend. Es zeigt, daß den Herrschaften von den Nazis bis zur SPD die Bekleidung des Präsidiums höher steht als die Durchführung der im Interesse der Werktätigen liegenden Forderungen.

Die SPD hat bisher den Vorsitzeposten, von ganz kurzen Unterbrechungen abgesehen, innegehabt. Namen, wie die des Vizepräsidenten Kühn, Köhler und Wirth sind damit eng verbunden. Am längsten hat den Vorsitzeposten der SPD-Mann Köhler innegehabt. Die Nazis sind durch eine Schleichung - der Herrscher der Räte Hand, Handwerk und Gewerbe, der schon im alten Kollegium lag, ist zu ihnen übergetreten - zur Hälfte Fraktion geworden. Sie erheben dieses Maß auf den Vorsitzeposten Anspruch. Sie scheinen dabei des Einverständnis aller bürgerlichen Fraktionen bis zu den Vertretern der Sozialpartei sicher zu sein. Die SPD versucht in einem Artikel der Volkszeitung ihren Anspruch zu begründen. Die SPD, die in den vergangenen Jahren sich von allen Parteien mit Einschluß der Mannen von Jugenberg wählten ließ, vergißt, daß sie den bürgerlichen den Tip für ihre jetzige Haltung gegeben hat. Sie war es, die, obwohl eine Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten teilweise vorhanden war, nicht nur passiv die Wahl von Nationalsozialisten ins Präsidium ermöglichte sondern auch ihre Stimmzettel für deutschnationale Bewerber abgegeben hat. Ihre Begründung für diese Stellung war schamlos: „Wir wollen nicht das Unrecht, das uns früher hier angetan worden ist, mit Gleichem vergelten“

Heute jammern diese betrogenen Betrüger, daß die Bürgerlichen, denen sie zu Positionen verholfen, sich ihr Argument zu eigen machen.

Für die Kommunistische Partei stehen die Fragen klar und offen. Sie betrachtet sich als die einzige Interessenvertretin des werktätigen Volkes.

Die SPD hat in der Vergangenheit bewiesen, daß sie diese Position nur im Interesse der herrschenden Klasse ausüben hat. Herr Köhler war der Hüter der Bourgeoisie. Er erhielt jedes Jahr durch die Wiederwahl von den Bürgerlichen ein Vertrauensvotum. Sie bekämpften sich durch die Wiederwahl für seine falschlichen Weihen in der Behandlung der kommunistischen Fraktion. Döhlisch führte ein brutales Vorkommnis ein. Unter dem Vorwand der bürgerlichen Parteien teilweise erzwungene Ordnungsgänge an Kommunisten und schloß wochenlang die Vertreter der KPD aus. Die Tribüne wurde von ihm mehrfach polizeilich geräumt. Reichshannerrollkommandos konnten unter seiner Duldung die Arbeiter auf der Tribüne terrorisieren. Er ist derjenige, der gemeinsam mit Köhler dem Königshaus beim Ableben Augusts V. telegraphische Glückwünsche schickte.

Er sperrte die Arbeiter von den Stadtverordneten polizeilich ab. Wenn heute ein Stadtverordneter mit seinen Wählern sprechen will, dann kann er das nur auf der Kathedrale.

Wenn jetzt mit Hilfe der Bürgerlichen ein Nazi diesen Boden besetzt, dann braucht er nur fortzugehen, was Herr Döhlisch begonnen hat.

Die Politik des Herrn Döhlisch war bestimmt von der allgemeinen Politik der SPD. Seine Maßnahmen waren die parlamentarische Forderung der SPD für die Durchführung des brutalen Hungerstreikens gegen die Dresdner Werktätigen.

Herr Köhler, der ehemalige SPD- und jetzige Nazi-Bürgermeister stand an der Spitze dieses Hungerstreikens. Die SPD schickte ihm durch Döhlisch die entsprechende Dedung vor. Anstatt der kommunistischen Partei. So wurden, wie aus einem Bericht des Rates hervorgeht, unter der Anwesenheit von Köhler nicht nur 15 Millionen durch falsche Spekulation verplemurt, sondern auch die Personalauswendungen für Beamte und Angestellte von 32,7 Millionen auf 21,4 Millionen herabgesetzt.

Sunft der Woche

Bearbeitet vom Freien Radio-Bund

Das Programm der Woche liegt wie gewöhnlich unter dem Zeichen des ähnlich beweihräucherten Militarismus. Der Inhalt am Mittwoch macht in „haatsbürgerlicher Bildung“ die bringer zu diesem Zweck einen „Besuch bei einem deutschen Arbeiter“, woraus man erzieht, daß nicht nur die Justiz „überpolitisch“, sondern auch die Ritzog „unpolitisch“ ist. Als Wiederholung hört man am gleichen Tage die wehrleidige, angewogene gekünstelte Hörfolge „Student in Rot“ und eine „Texte aus romantischer Dichtung“ mit der schönen und aktuellen Überschrift „Romantisches Bilderbuch“ (1). Rückwärts, rückwärts, Herr Reich!

Herr Behm, Wirtschaftsspezialist und Unternehmerpropagandist am Leipziger Sender, bemüht sich am Mittwoch, einen „Weg der wirtschaftlichen Eindeutigkeit des Deutschen Reichs“ zu finden. Die Wochenschriftung der Woche ist diesmal besonders plump angelegt: „Aus den Briefen Friedrichs des Großen über die Liebe zum Vaterland“ (1). Die historische Wirklichkeit hat etwas andres zu sein - die „Waterslandsche“ des „großen“ Franzosenreiches. Döhlisch richtete sich (wie das auch in der Gegenwart vorzukommen im wesentlichen nach seinen Expansions- und Profitinteressen... Eine „Reichsgründungsfeier“ mit der unermesslichen Teilnahme eines Vertreters der Reichsregierung, Männer, Frauen, Nationalsozialisten und Deutschländer darf natürlich nicht fehlen und wird dementsprechend von allen deutschen Senatoren übertragen.

Der nun uns schon oft angeprangerte berüchtigte wilde Mann von Ritzog, Curt Köhler, probiert sich am Donnerstag mit seinen Anhängern als Leiter einer Heimgemeinschaft für Erwerbslose. Da man von dieser eblen Töpe wie immer „eiglich“ geklopptes Revolutionswort erwarten muß, empfiehlt es sich, den Ritzog genau abzuheben. Eine Lobpreisung der Schleicherei

Durch Entlassungen von Arbeitern wurden außerdem 3 Millionen gestohlen.

Der Bestand an Beamten und Angestellten ist um 24 Prozent zurückgegangen.

Während die Wohlfahrtsverbandsleiter um das 21fache geringen ist, sind die Ausgaben nur um rund ein Viertel gestiegen. Seit 1931 ist die Höhe der Ausgaben mehrmals gestiegen. Im Jahr 1932 betrug der Bedarf für ein Ehepaar heute nur 55 Mark. Seine Methoden im Abbau der Ausgabenleistungen sind die radikalsten, die die Wohlfahrtsverbände ja kennen lernen mußten. Der Verschleierung dieser jährlichen Politik diente die Rolle des sozialdemokratischen Politikers. Die Nazis, zu denen der Sozialdemokrat Köhler übertrat, trennen darauf, diese Rolle der SPD jetzt verschärft fortsetzen zu können. Der Sicherung dieser Funktion geht ihr wochenlangender Rathband mit den bürgerlichen Gruppen. Die Nazis, als die treuesten Kettenhunde der Bourgeoisie, wollen auch im Dresdner Rathaus den verschärften Hungerkurs gemeinsam mit dem von der SPD gewählten Oberbürgermeister Köhler, dem zu ihnen von der SPD übergetretenen Bürgermeister Köhler und dem SPD-Wohlfahrtsverbandsleiter Köhler durchzuführen.

Die KPD ist die einzige antifaschistische Partei. Sie ist die einzige Partei, deren Politik nur bestimmt wird von den Interessen der Ausgebeuteten und Entrechteten, der werktätigen Bevölkerung. Sie stellt dem Rathband des Bürgerturns und der SPD am das Präsidium ihre Forderungen für die Werktätigen

Unter den Augen der Polizei:

GA-Terror gegen Antifaschisten

Ein antifaschistischer Arbeiter berichtet uns folgendes:

Trotz der vorhergegangenen SA-Meiereien auf Flugblätterverteilende Arbeiter vor der Dresdner Stützpunktfabrik, ließen es sich die Antifaschisten nicht nehmen, auch am Freitag die Arbeiter der Stützpunktfabrik über die Gemeindepartei durch Flugblätter aufzuklären. Ein vor dem Tor postiertes SA-Rollkommando pöbelte die Arbeiter an und veranlaßte von der anwesenden Polizei, daß diese das Flugblattverteilende unmittelbar vor dem Betrieb verbiete - und tatsächlich „unfrei“ Polizei tat es. Damit gab es sich aber die SA-Kaufleute nicht zufrieden, sondern wollten weiteren Genossen nach. Einzelne Arbeiter wurden von den Strolchen bedroht mit den Worten:

„Deine Presse merkt ich mir, dich greifen wir einzeln“ usw.

Nach ein Weisheitswort karmten plötzlich etwa 50 SA-Banden, bewaffnet mit Holzstücken, Schlagruten, Schlagringen, aus dem Fabrikgelände heraus, ihr Arbeit, die Arbeiter zu überfallen, wollten sie durch das einwirkende Heberfallkommando nicht durchzuführen. Als ein Arbeiter einen Polizeibeamten darauf aufmerksam machte, daß ein SA-Bandit einen Revolver bei sich trug, ging dieser einfach davon ohne den braunen Banden zu verhalten. Die später eingetroffenen Polizeibeamtungen hatten nichts anderes zu tun, als die distanzierenden Arbeitergruppen auseinanderzutreiben, hat die SA-Rollkommando nach Wollen zu durchführen.

Trotz SA-Terror und aller Polizeistrukturen werden die Dresdner Antifaschisten sich nicht davon abhalten lassen, die Arbeiter der Stützpunktfabrik für den Kampf der Antifaschistischen Aktion zu gewinnen.

Heraus zu den LLL-Kundgebungen

Mittwoch, den 18. Januar, 17 Uhr, Deutsches Haus
Donnerstag, den 19. Januar, 19.30 Uhr, Regierheim
Freitag, den 20. Januar, 19.30 Uhr, Hammer Hotel
Dienstag, den 21. Januar, 16 Uhr, Restaurant Kummel,
Hauptstraße 10.

Mitwirkende: Blasorchester, Kapellproben usw. Referenten: Genossen Siedemann und Weiling. Umlaufbeitrag 20 und 40 Pfennig.

Feistgruppen und der bis körperlichen Ermüdung der Jugend“ laut Menschengut wird am Abend zum Besten gegeben: „Das Kostwert der deutschen Jugend“. Referent ist beziehungsweise der - sozialdemokratische (1) Leipziger Bürgermeister und Wohlfahrtsverbandsleiter Oskar Schulze.

Die Ritzog spiegelt getreulich den „neuen“ Kurs der Schleicherei wider: soziale Wunden einerseits - andererseits militärische Propaganda andererseits, alles in Wollen dem Arbeiterbüchse verabschiedet. Das Spiel ist nur etwas zu durchsichtig. Die wertvollsten Härter sind nicht mehr so leicht einzulangen und begannen, sich mehr und mehr in die Kampffront gegen den Nationalfaschismus einzusetzen, deren Führer der Freie Radio-Bund ist. Anmeldungen für den FFB Dienstags und Donnerstags ab 17 Uhr im Arbeiterheim, Dresden-K., Köhlergasse.

Staatliche Kunstgewerbeschule, Elisenstraße 34, 1.
Von Mittwoch, den 18. Januar, an Ausstellung „Reise des Herod in seltenswerten Darstellungen“ (Dekoration, Theater, Kostüm.) Bei dieser Gelegenheit werden zahlreiche alte Kupferstiche aus dem Besitz der Bibliothek, die weiteren Kreisen fast unbekannt sind, ausgestellt. Gedhnet: Werkstags 8 bis 19 Uhr, Sonnabends 8 bis 14 Uhr. Eintritt frei.

Trotz der ideologischen Aufführung unter die Jugendarbeiterchaft. Dabei haben wir auch die Möglichkeit, Massenbildungsreisen zu erhalten über den Sozialismus-Internationale. Wir können dann die „sozialistische“ Demagogie der Sozialdemokratie und der ASDAV entlarven. Wir gewinnen die wertvollsten Jugend nur im täglichen Kampfe durch unermüdete Kleinarbeit, durch alle Aufklärungsarbeit über das Wesen des Faschismus und Sozialfaschismus und unter breiterer Populartisierung des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion, durch Wiedergabe des Kampfes und Verteidigungswillens für unser sozialistisches Vaterland, die UdSSR.

entgegen. Sie zeigt das schon in der ersten Sitzung. Da liegt ein Antrag für Winterhilfsmassnahmen für alle Erwerbslosen, Hungerempfangler, Kriegsbeschädigte, Klein- und Sozialrentner sowie ein Antrag auf Aufhebung der Margarinotverordnung vor. Schon bei der Behandlung dieser Anträge, deren Behandlung von der kommunistischen Partei mit aller Energie erordert werden wird, werden die Kapitalistenrechte Farbe bekennen müssen. Die KPD ist sich der Unterstützung der Werktätigen sicher. Die Werktätigen haben durch den gewaltigen Rückgang am vergangenen Mittwoch und in den sechs Massenversammlungen ihre Kampfbereitschaft zum außerparlamentarischen Kampf zur Durchsetzung dieser Forderungen gezeigt. Nur dieser Kampf allein, geführt von der KPD gegen Hunger und Armut, gegen Sozialismus, für den Sozialismus, bringt die Sicherung der Existenz aller Werktätigen.

KPD fordert die Aufhebung der Margarinotverordnung

Antrag, Dresden, den 12. 1. 33

Kollegium wolle beschließen:

- 1. Beim Reichstag und der Reichsregierung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette und inländischer Futtermittel vom 23. 12. 32 härtesten Protest einzulegen und die Aufhebung dieser Verordnung zu verlangen.
- 2. Den Rat zu ermahnen, sich dem Vorgehen der Stadtverordneten anzuschließen.

Dieser Antrag wurde für die erste Sitzung der Stadtverordneten eingebracht. Jetzt heißt es die Kampffront für den außerparlamentarischen Kampf zu formieren.

Die später eingetroffenen Polizeibeamtungen hatten nichts anderes zu tun, als die distanzierenden Arbeitergruppen auseinanderzutreiben, hat die SA-Rollkommando nach Wollen zu durchführen.

Bürgermeister Mann, Grotten-dorf, verleumdet Gen. Schneider

Der Bürgermeister Mann von Grotten-dorf drohte in einer früheren Gemeindevorstandensitzung dem Genossen Schneider, als dieser für die Interessen der Siedler und Randbedler eintrat, daß er in der nächsten Zeit Enthüllungen über die Eigennützigkeit Schneiders bringen werde. Auf die Aufforderung des Genossen Schneider, doch mit seinen Verdächtigungen auszusparen, schwieg er und wich aus.

In der Versammlung der Jagdgenossenschaft am 8. Januar 1933 behauptete der Bürgermeister Mann, Genosse Schneider habe sich unter mißbräuchlicher Benutzung der Bezeichnung „Gemeinderat“ seine Hausbrandstoffe in Zündstrieppen beschafft und damit gezeigt, daß er absolut eigenmächtig handele.

Diese unverdächtige Behauptung ist eine freche Verleumdung und ein aus den Fingern geigener Schwindel. Wir gehen hier nicht näher auf die Dinge ein, aber wir erklären dem Bürgermeister Mann in aller Öffentlichkeit als einen Verleumder, der zum Zwecke der politischen Diffamiation unwahre Behauptungen aufstellt und verbreitet.

Wir erwarten, daß der Bürgermeister für seine Behauptungen den Wahrheitsbeweis antritt. Kann er das nicht, dann ist er in der breitesten Öffentlichkeit als Verleumder gekennzeichnet, der bewußt lügt, um einen Gegner zu treffen.

Vor Hunger umgefallen!

Am Sonntagvormittag ist in der Volkshalle auf der Hauptstraße 35 ein 24jähriger wohnungsloser Arbeiter infolge heftiger Raucherkrämpfe, die höchstwahrscheinlich von dem „sträflichen“ Volkshausmessen herrühren dürften, umgefallen. Er wurde ins Friedrichshaber Krankenhaus eingeliefert und von dort aus ist er nach der Leichtkrankenabteilung der Jüliorganhalt Verbren gebracht worden.

Zwei Selbstmorde!

Am Sonnabend ist gegen 9 Uhr ein auf der Mühlstraße wohnhafter 72jähriger Schloßer in einem Schuppen, der zu seiner Wohnung gehört, erhängt tot aufgefunden worden. Der Grund zum Selbstmord: Schwermut infolge Krankheit und langer Erwerbslosigkeit.

Gegen 20 Uhr ist am Sonnabend ein auf dem Vönsberg wohnhafter Anglerausbeiter in seiner Wohnung oosertigert tot aufgefunden worden. Es liegt Selbstmord infolge Schwermut vor.

Von der Leiter geküßt

Am Sonnabend ist gegen 15 Uhr ein auf der Hauptstraße wohnhafter 64 Jahre alter Gärtner von einer zwei Meter hohen Leiter geküßt. Er hat sich dabei den linken Fuß verletz und innere Verletzungen zugezogen.

PZO-Konferenz Radeberg!

Dienstag, den 17. Januar, 18 Uhr, im H.F. Foto. Red. Rede 14, 5 bis 18.30 Uhr. Bitte pünktlich erscheinen. KPD.

Frauen im Kampf zur Rettung vor Hunger und Frost

Arbeiterinnen und Betriebsräte wählen

Welche hervorragende Rolle die Arbeiterinnen in allen Kämpfen der Arbeiterschaft spielen, bewies ihr ständig wachsender Anteil an den Streiks des letzten Jahres. In Sachsen beteiligten sich an vielen Streiks die Arbeiterinnen sehr stark. Zum Teil waren sie führend. Mehrere Streiks waren Streiks nur von Arbeiterinnen. Viele wurden mit Erfolg durchgeführt. Die Arbeiterinnen kämpften nicht nur gegen Lohnabbau, sondern in einigen Fällen erkämpften sie sich eine Lohnserhöhung. Besonders die Textil- und Arbeiterinnen fanden bei den Kämpfen in vorderster Front. Sie erwählten Komitees, die sie die Befähigung besitzen, in den Kampf- und Betriebsleitungen auf führenden Posten erfolgreiche Arbeit zu leisten.

Beim Textilkampf in Sachsen und bei den Maßnahmen der Unternehmer infolge der Papenhan Rotenordnungen machten die Arbeiterinnen, auch freigeistlich organisierte SPD- und KPD-Arbeiterinnen, oft die Erfahrung, daß die reformistischen Betriebsräte, auch die christlichen Betriebsräte, zum großen Teil sie am Kampf gegen den Lohnabbau hinderten. In Leipzig im vielen Fällen die Streiks abwürgten. Das zeigte sich bei dem Textilkampf in Leipzig. Dort war es die sozialdemokratische Betriebsratin Schreiber, die die Arbeiterinnen und Arbeiter am ersten Tage des Streiks aufforderte, wieder in den Betrieb zu gehen. Auch die Nationalsozialistische Partei gab ihren Mitgliedern Anweisungen, die Arbeit wieder aufzunehmen. In der **Stalinalfabrik in Säbnitz**, wo mehrere Wochen der Streik wurde, wählten die Frauen des Fabrikarbeiterverbandes den Streik. Hinter dem Rücken der Betriebsräte verhandelt die mit der Direktion und schloß eine Vereinbarung ab. Die besagt, daß von der 11. bis 40. Stunde 10 Prozent und von der 41. bis 48. Stunde 15 Prozent vom Lohn abgebaut

Plauener Frauen erzwingen Winterhilfe

In Plauen i. V. ist ein häßlicher Wohnplatz im Osten, in welchem derzeitige gesundheitsschädigende Wohnverhältnisse herrschen, durch die, zumal die Arbeitslosigkeit und der Hunger in den Familien häßlicher Gestalt sich schon zeigen. Kinder an einer Seuche erkranken. Hier zeigt sich wieder, daß wenn diese hungernden und stützenden Menschen nicht der Weg des Kampfes gezeigt wird, sie in diesem kapitalistischen System im Elend verkommen.

In den ersten Tagen im neuen Jahre strömten die Zeitungen zahlreiche Meldungen, wo erwerbslose Frauen, Sozialrentnerinnen, Gehaltsinhaberinnen, auch Männer, keinen anderen Ausweg suchten als zum Elend oder Gehirnen zu greifen.

Die Frauen in diesem Wohnplatz aber saßen sich auf. Sie gingen auf den Wohlfahrtsamt, zuerst waren es nur fünf Frauen, und erkämpften sich verdiente Kohlenheute, nachdem Volkskassenleiter für drei Wochen gratis. Daraufhin organisierten sie

eine Versammlung in diesem Wohnplatz, zu der 34 Frauen erschienen. Zwei Tage vor Weihnachten gingen sie wieder auf den Wohlfahrtsamt — da waren es schon viel mehr Frauen, auch Männer beteiligten sich daran — und diesmal erkämpften sie für eine Woche von 3 Mark. Mit den Frauen: „Kam mit der Winterhilfe!“ demonstrierten die hungernden Frauen und Männer, darunter auch viele Nazis, vor dem Wohlfahrtsamt.

In Leipzig beteiligten sich am Dienstag und Mittwoch 20 Frauen zahlreich an den Massentumgebungen und Demonstrationen der Erwerbslosen. Sie kamen von den Stempelstellen und Wohlfahrtsämtern. Mehrere Frauen erzwangen sich für ein Tag im Rathaus. Sie schrieben nicht zurück, als die Polizei vor und im Rathaus gegen die Demonstration vorging.

In vielen Orten Sachsens reihen sich die Frauen hinter die Kämpfe gegen Hunger und Frost ein.

Die Wohlfahrtsarbeiterinnen in Dresden im Streik

Die Wohlfahrtsarbeiterinnen in Dresden, bei denen der Lohn, welcher täglich 1 Mark betrug, auf 20 Pf. herabgesetzt werden sollte, legten die Arbeit nieder. Für diesen Hungerlohn sollten die erwerbslosen Frauen, die zum Wohlfahrtsamt herangezogen wurden, die heftigsten und zerrissenen Sachen, die anlässlich der hiesigen „Winterhilfe“ gesammelt wurden, in einen halbtägigen annehmbaren Zustand zurückzuführen. Die Frauen mühten dabei ungeheuer viel Kraft auf. Die Wohlfahrtsarbeiterinnen nahmen insolge dieser miserablen Arbeit und Bezahlung dieser Arbeit den Kampf auf.

Die Gesamtheit der Frauen, daß sie sich mit einstimmen müssen im Kampf gegen Unterdrückung und Hungermaßnahmen, wußte in steigendem Maße. Sie marschieren mit uns gegen Hunger, Frost und Verelendung.

Eine Auslandsdelegierte schreibt

Leipzig, den 21. Dezember 1932.

Teure Genossinnen der Redaktion der „Kämpferin“!

Ich lese alle Tage in der Zeitung, nicht nur in unserer „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, sondern auch hier und da in bürgerlichen Blättern, von dem großen Wert, das von Euch mit aller Energie durchgeführt wird. Ich denke, Aufbau des Sozialismus, da ich schon mit Euch in kameradschaftlicher Weise die großen Werte, die im Rahmen des ersten Jahrestages gebaut und in Betrieb gesetzt worden sind, gesehen habe. Die bürgerlichen Zeitungen schreiben über Euch und wollen dadurch den deutschen Arbeitern glauben machen, daß, was von Euch geschaffen wird, wäre die Ursache am Ende der deutschen Arbeiterwelt. Ich habe nach meinem Besuch bei Euch die Augen der bürgerlichen Sozialdemokratischen Vertreter in 70 Versammlungen wiederholt und viele Arbeiter und Arbeiterinnen lehren ab von der Front der Lügen und des Klassenverrats und kommen zu uns, der KPD. Sie schließen sich zusammen in Antifaschistischer Aktion gegen Lüge und Verrat, zum Schutze der Sozialunion, dem Vaterland aller Werktätigen, aller Völker und Völkern.

Ich möchte Euch gerne etwas mehr schreiben über die Lage unserer Arbeiterinnen in dem Textilbetrieb Kammas in Plauen. In der Plauen i. V. ist ein häßlicher Wohnplatz im Osten, in welchem derzeitige gesundheitsschädigende Wohnverhältnisse herrschen, durch die, zumal die Arbeitslosigkeit und der Hunger in den Familien häßlicher Gestalt sich schon zeigen. Kinder an einer Seuche erkranken. Hier zeigt sich wieder, daß wenn diese hungernden und stützenden Menschen nicht der Weg des Kampfes gezeigt wird, sie in diesem kapitalistischen System im Elend verkommen.

Holländische Gralmädchen in Berlin



Eine katholische Mädchenorganisation, die nach faschistischem Muster aufgezogen ist und politisch wirkt

Im Kampf GEGEN HUNGER + FROST FÜR KOHLE UND BROT

Lest und verbreitet DIESE BROSCHEURE!

10 Pf.

murden. In der Maschinenfabrik Dohmsch wurde der reformistische Betriebsrat in der Abteilung Spinnmaschinen, wo ein Lohnabbau von 30 Prozent erfolgen sollte, nicht die Frau des Streiks, sondern verhandelte drei Wochen lang gemeinsam mit dem Textilarbeiterverband. Das Ergebnis war 12 1/2 Prozent Lohnabbau. Das hat nun drei Beispiele. In vielen Beispielen kann nachgewiesen werden die Arbeitseinstellung der reformistischen Gewerkschaft und auch ihrer Betriebsräte.

Die Betriebsratswahlen sollen in den nächsten Wochen und Monaten stattfinden. Die Arbeiterinnen in Sachsen müssen die Lehren aus dem Verlauf der Arbeiterinneninteressen durch die reformistische Gewerkschaft und ihrer Betriebsräte wie durch die nationalsozialistische Partei ziehen. Ihre Stimme dürfen sie nicht den Betriebsräten geben, die die Arbeiterinneninteressen verletzen haben. Es gibt insolge der verabschiedeten Ausbesserungsmaßnahmen der Unternehmer und der Schleier-Regierung, die durch Erhöhung der Lebensmittelpreise (Beispiel: Margarinepreis wird um 14 Prozent erhöht, durch Steigen auf Lebensmittel) die Lage der Arbeiterinnen und aller Werktätigen ungeheuer verschlechtert, den Kampf auf allen Gebieten aufzunehmen. Sie müssen sich Betriebsräte wählen, die den Kampf um die Forderungen der Arbeiterinnen aufnehmen, die für Aufhebung der alten Löhne, gleichen Lohn für gleiche Leistung, für Mann und Frau, für Beteiligung des Streikfonds, für Anhebung von Schutzleistungen, für Beteiligung an sozialen Mitteln im Betrieb, für Zulassung leichter Arbeit an schwächeren Frauen bei Fortführung des früheren Lohnes, Einleitung des Kündigungsschutzes usw. kämpfen.

Das können nur rote Betriebsräte sein. Daher gilt es bei der Betriebsratswahl den Reformisten und Nationalsozialisten die Quittung für ihren Verrat zu geben.

12 SPD-Frauen treten in die Rote Hilfe ein

In einer allgemeinen Mitgliederversammlung der Roten Hilfe, Stadtteil 18 (Meiersdorf), sprach die Sekretärin über Gründung einer Frauenzelle zur Befreiung der Mitglieder der Mitglieder. In diesem Abend waren im ganzen 80 Männer und 12 Frauen anwesend. Nach einigen Scherzreden wurde die Gründung beschlossen. Schon in der ersten Frauenversammlung, die gleichzeitig zur Gründung einer Zelle zur Winterhilfspagne benutzt wurde, waren 70 Frauen anwesend. Darunter 30 ganz indifferent. Seitdem kommen die Frauen in Meiersdorf alle 2 Tage regelmäßig zusammen. Es sind 112 Frauen und 30 Männer anwesend, die den politischen Redatoren mit großem Interesse folgen, und die Diskussionen sehr lebhaft. Bei allem beteiligten sich 12 SPD-Frauen daran. 12 SPD-Frauen und 6 politische Frauen sind bereits in die Zelle eingetreten. Zur Winterhilfspagne haben die Frauen fleißig gesammelt und gearbeitet. Ganz besonders soll Wortzählen bei der Zelle abgelesen, ebenso Arbeitshefte, die sie in ihrer Zelle im Januar geleist haben, usw.

Durch die Arbeit von 12 SPD-Frauen konnte eine Betriebszelle gegründet werden.

Auch die Frauen der KPD im Stadtteil 18 haben eine Frauenzelle gegründet, das gute Ergebnis bringt. Diese Frauen haben eine Zelle gegründet zur Winterhilfspagne und sich ein Werkstück gestellt, das sie glänzend erfüllt haben. Das heißt aber an ihrer Arbeit ist, daß durch ihre Aktivität eine Betriebszelle der KPD gegründet werden konnte. Die Frauen haben zuerst den Bezirk durch Streikunterstützung von unten bearbeitet.

Eine Leserin der „Kämpferin“ schreibt

Der noch nicht so langer Zeit, abonnierte ich noch die hiesige Frauenemancipationszeitschrift. Wahrmals wurde ich von einer Stubensoldatin, die schon länger Mitglied der Kommunistischen Partei ist, die „Kämpferin“ angeboten. Ich lese immer ab sie zu kaufen, weil mir die Wochenzeitung mit der Schuttschreiben und Bildern sowie mit den Geschichten sehr gefällt. Zweimal kaufte ich sie, sie gefiel mir wohl ganz gut. Meine Wochenzeitung war mir lieber. Später kaufte ich mir die Nummer 18 der „Kämpferin“. Ich erlaube mir ein Bild anlässlich dem Artikel: „Eine Leserin geht heimlich.“ In dem Artikel aufmerksam, dachte darüber nach und mir wurde klar, daß es vielen alten Frauen so geht.

Ich lese weiter den Artikel: „Politik in der Küche“. In dem Artikel schrieb meine Wochenzeitung nicht. Vieles wird mir sehr klar und ich merke, als ich aufmerksam weiterlese, daß die „Kämpferin“ über mein Leben schreibt. Was müssen wir die Sozialwissenschaftler heute noch. Ich habe kein Geld mit mir zu tragen, ich ärgere mich über die Wochenzeitung, weil ich mich nur immer wieder die alten Kleider zukaufend und die „Kämpferin“ dagegen zeigt mir und allen proletarischen Frauen den Weg aus Not und Elend. Darin schreibt die Leserin zu denen ich gehöre. Dort lese ich keine hiesigen Frauenzeitung mehr, sondern die „Kämpferin“ und nun ist es ich auch warum die Kommunistin, das ist die neue Leserin der „Kämpferin“ nicht ablaufe. Ich begehre für ihre Zeitung nicht. Auch werde ich nicht mehr abgelesen.

So wie diese Frau erkannt hat, daß die „Kämpferin“ die Zeitung ist, werden es viele Frauen erkennen, wenn wir uns mühen für unsere „Kämpferin“ werden.

Das Wohlfahrtsamt in Dresden beurteilt „warmherzig“ in jedem Falle die Erwerbslosigkeit

Dies ist ein Auszug aus einer Sitzung des Stadtrates in Dresden in einer öffentlichen Sitzung des Stadtrates, die am 17. März 1932 von der Redaktion der „Kämpferin“ veröffentlicht wurde. Infolge der eigenen Maßnahmen des Wohlfahrtsamtes und des sozialdemokratischen Stadtrats Kirchhof, die Warmherzigkeit dieses Sozialdemokraten bewies ich wieder darin, daß er eine reiche Familienunterstützung als Wohlfahrtsarbeiter befragt, indem er sie, als sie eine Bezahlung ihrer Arbeit verlangte, die Bedürfnisse und ihre durch lange Erwerbslosigkeit entstandenen Schulden decken zu können, kurzweilig in das „Hilflossein“ tauchen beforderte.

Ein eine kurze Beschreibung einer Familie, deren Ernährer warmherzig vom Wohlfahrtsamt beurteilt wurde. Die Familie wohnt in der hiesigen Straße. Die Mutter ist unterleib- und herzkrank, hat sechs Kinder, die älteste ist vier bis fünf Jahre alt. Ein Kind von neun Jahren hatte Gehirnlähmung, davon ist Geisteschwäche zurückgeblieben. Folge der Gehirnlähmung, weiter ist das nächste Kind acht Jahre ein Krüppel, kann nicht laufen und kann die Folge von spinaler Kinderlähmung. Das dritte Kind Krüppelheim wurde es wieder den Eltern zugewiesen, die das Wohlfahrtsamt nicht zahlen will. Beide Kinder müssen pflichtgemäß von einem Hauslehrer unterrichtet werden. Die übrigen Kinder brauchen ebenfalls besondere Pflege, da auch sie an den Folgen der Unterernährung sehr zu leiden haben.

Die fränke Mutter braucht notwendig eine Stütze für die Pflege ihrer hilflosbedürftigen Kinder, die Fürsorge leidet aber ab.

Eine erwerbslose Schwester hilft deshalb, schon kommt Wohlfahrtsamt und nimmt deren Unterstützung weg und „warmherzig“ sparen, und der Familienvater soll auch noch mit ernähren. Und weil nun die Beschäftigung der Wohlfahrtsarbeiter für einen Familienunterstützung unter Unterernährung steht, bitten die Wohlfahrtsarbeiterinnen, die Wohlfahrtsamt hilft „warmherzig“, um die Familie den Vater und Kost ihn in ein Krüppelheim. Die Mutter erhält nun mit ihren sechs Kindern, davon sechs zwei und ganz hilflos, 17.50 Mark Unterstützung und 4.30 Mark Miete. Das ist Fürsorge für Mutter und Kind im Krüppelheim, wo Sozialdemokraten an maßgebender Stelle sind.

Wie ganz anders in einem Arbeiterhaushalt, in Sozialdemokraten werden immer mehr Heime für Krüppel errichtet, Tagelöhner und Krüppel, sowie Fortz wachen aus der Erde mit ihren Kindern. deren Arbeitermütter bringt man in jeder Hinsicht entgegen. Dort kümmert niemand um „Warmherzigkeit“.

Deshalb Frauen und Mütter der Arbeiterschaft, deren Kampf um die Erziehung eines Arbeiterhauses, wo auch die Krüppel werden, sondern als treubühne Menschen wählen können.

Arbeiterfrauen, eine scharfe Waffe in euren Händen ist die „Kämpferin“

Ma a

Gegen Kei

Massenke

gegen Lohn

schilfer d

Bruchüre

jeder lese

PREIS

In toter

Kam

Wir können

oder Ortsverm

Woh von zwei

ktion für alle

In der gefe

Werkstatt g

wirkung der St

anwandten. Si

johann Ullmann

In der Geme

mittlung hat. S

luch haben, S

wer, wurde ein

Wie mir ber

haben die Ort

ha hier die j

von der D

An alle Textil-Worker u. -Workerinnen Sachsens

Organisiert den Kampf in der sächsischen Textilindustrie!

Kollektive! Kollektive!

Trotz der bestehenden Hungerlöhne in der Textilindustrie haben die Unternehmer im ganzen Reich ein neues Gesetz erlassen auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Textilarbeiter eingestellt. Im Münchener-Gesetz ist der Lohnsatz von den Textilunternehmern zum 31. Januar gefordert worden mit der Absicht, die Löhne noch weiter abzubauen.

Gegen Reformismus und Unternehmerdiffidat

Wirtschaftlicher Lohnabbau, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Abschaffung des Streikrechts u. a. sind in den Textilbetrieben Sachsens tägliche Erscheinungen. Im Betrieb Wacker in Oberlößnitz ist der Lohn der Textilarbeiter bis zu 20 Prozent gesenkt worden. Bei Wacker in Riesa wurden einer Anzahl Arbeiter vertrieben, die die Löhne abgebaut. Die Firma Otm in Oberlößnitz führte mit Hilfe des reformistischen Betriebsrates einen Lohnabbau von 4 1/2 Prozent durch. In der Spinnerei Schmeitzel bei Burgstädt ist mit den gleichen Mitteln ein Lohnabbau von 12 bis 24 Prozent durchgeführt worden. In der

Textilindustrie durchzuführen. Ihre Hoffnung, den Lohnabbau zu vermeiden, legten sie auf die Vapen-Notverordnung. Aber die Kampfbereitschaft und der Kampfesmut, die Einheit und Geschlossenheit der Textilarbeiter in den Betrieben, hat auch diese Lohnabbaupläne der Unternehmer vereitelt. In über 60 Textilbetrieben in Sachsen ist der Vapen-Notverordnungslohnabbau unter Führung der KGD und des Rates Textilarbeiterverbandes erfolgreich abgewehrt worden. Die sächsischen Textilunternehmer haben sich hilfesuchend an die Vapen-Regierung gemeldet. Bei dem Besuch Vapens in Dresden am 14. November hat der Vertreter der Chemnitzer Handelskammer, Knaus, wegen der Streikverhinderung der Textilarbeiter gefordert, dass die KGD und der Rates Textilarbeiterverband von der Regierung gelöst, das heißt: Verbot der KGD und des Rates Textilarbeiterverbandes. In der Rede Vapens an Vapen heißt es: „Es besteht die Möglichkeit und der Wille, ungefähr 25.000 Arbeiter einzustellen. Die Einstellungen werden selbst mit Energie in Angriff genommen, aber sie bleiben bei einer Zahl

von ungefähr 1000 Beden, und zwar aus dem Grunde, weil ich die Kommunisten, und besonders die beiden Organisationen der Kommunisten, der Rate Textilarbeiterverband und die Revolutionäre Gewerkschafts-Organisation, die KGD, mit aller Macht gegen die Durchführung des Programms in der Weise gestimmt haben, daß sie milde Streiks inszenierten. Diese Streiks waren nicht niederzuschlagen, weil sie zunächst einmal in einer sehr geschickten Technik durchgeführt wurden, und zweitens, weil es keine geeigneten Maßnahmen gab, gegen sie einzuschreiten. Die Gewerkschaften selber, die man als Tarifpartner dafür hätte zahlen können, blieben sich zurück.“

Hier wird ganz klar gesagt, daß die Gewerkschaften, der Deutsche Textilarbeiterverband, abwärts geholt und nicht gegen den Notverordnungslohnabbau unternommen hat.

Nur die KGD und der Rates Textilarbeiterverband haben durch die Durchführung des kämpfenden Einheitsfronts erfolgreich die Löhne der Textilarbeiter vorzeitig.

Jeder Betrieb beschickt die oppositionellen Textiler-Konferenzen

Am Sonnabend, dem 28. Januar, 18 Uhr, für die Textilgebiete: Werdau, Plauen.

Nach Werdau schicken folgende Textilorte und Betriebe Delegierte: Crimmitschau, Meerane, Glauchau, Lichtenstein-Cainberg, Lugau, Mülsengrund, Wolkenburg, Waldenburg, Zwickau, Wilkau, Silberstraße, Kirchberg, Aue, Eibenstock.

Nach Plauen: Reichenbach, Mylau, Netzschkau, Auerbach, Lengfeld, Rodewisch, Falkenstein, Trauen, Adorf, Oelsnitz i. V., Markneukirchen und Elsterberg.

Am Sonntag, 29. Januar, vorm. 9 Uhr, für die Textilgebiete: Chemnitz, Leipzig, Zittau, Dresden

Nach Chemnitz senden Delegierte: Harthau, Neukirchen, Einsiedel, Stollberg, Oberlungwitz, Hohenstein, Gröna, Rabenstein, Limbach, Spinnerei Amerika bei Penig, Mühlau, Hartmannsdorf, Burgstädt, Wittgensdorf, Taura, Markersdorf, Hartha, Döbeln, Nossen, Roswein, Mittweida, Heinitzen, Frankenberg, Flöha, Oederen, Falkenau, Erdmannsdorf, Zschopau, Weißbach, Gelenau, Ehrenfriedersdorf, Thum, Geyer, Thalheim, Burkhardtsdorf usw.

Nach Leipzig: Wurzen, Frohburg, Gautsch.

Zittau: Bautzen, Löbau, Kirschau, Neugersdorf, Ebersbach, Reichenau, Eibau, Neusalza-Spremberg.

Dresden: Pirna, Cosmannsdorf, Meissen, Radeberg, Kamenz, Großröhrsdorf, Dobritz.

Unsere Forderungen zum Kampf!

Wenn wir zusammenstehen, in den Betrieben die Einheitsfront herstellen und den Kampf aufnehmen, sind wir stark genug, den neuen Angriff der Textilunternehmer auf unsere Löhne nicht nur erfolgreich zurückzuschlagen, sondern uns die gesuchten Löhne wieder zurückzuverlangen. Wir von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition wenden uns an alle Textilarbeiter, besonders an die Gewerkschaftsmitglieder, an die sozialdemokratischen, parteilosen und unorganisierten Kollegen. Helft mit uns gemeinsam auf der Grundlage folgender Forderungen die Einheitsfront zum Kampfe herzustellen.

- Gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen jede Verschlechterung des Tarifvertrages, der Akkordsätze u. der betrieblichen Arbeitsbedingungen.
- Wiederherstellung der Tariflöhne und der Akkordsätze sowie die Rückgängigmachung der verschlechterten betrieblichen Arbeitsbedingungen nach dem Stand vom 1. November 1931.
- Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit (für die Frauen und Jugendlichen).
- Einheitsfront aller Textilarbeiter zum Kampf gegen den Betriebsfaschismus, Schleicher-Loipart-Kurs und faschistische Diktatur.

Für diese Forderungen wollen wir den Kampf in allen Textil-

betrieben Sachsens organisieren. Wir müssen verhindern, daß unsere Löhne und Arbeitsbedingungen noch weiter verschlechtert werden. Wir dürfen keine Verschlechterungen mehr dulden. Wir wollen die alten Löhne, die uns abgebaut wurden, wieder haben. Wir wollen die verschlechterten Arbeitsbedingungen beseitigen und die früheren Arbeitsbedingungen von 1931 zurückverlangen.

Zu maß der Wille aller Textilarbeiter sein.

Im Niedersachen rufen die Textilarbeiter in allen Betrieben zum Kampfe gegen die neue Unternehmerterroristen. Auch wir müssen in den Betrieben in Sachsen alle Vorbereitungen zum Kampfe treffen. Nach Niedersachen folgt Sachsen. Eine Verschlechterung des geplanten Lohnabbaus durch den Kampf der sächsischen Textilarbeiter ist auch ein Erfolg für uns sächsische Textilarbeiter.

In allen Textilbetrieben, in allen Versammlungen der Textilarbeiter muß zur Organisierung des Kampfes Stellung genommen werden. Wählt Einheitsausschüsse (vorbereitende Kampfausschüsse), die die Einheitsfront zum Kampfe in den Betrieben herstellen.

Der 28. und 29. Die erfolgreich geführten Kämpfe der Textilarbeiter gegen die Vapen-Notverordnung in den verschiedenen Betrieben zeigen uns den Weg, den wir einschlagen müssen zur Verhinderung weiterer Verschlechterungen und für die Zurückforderung der alten Löhne. Fordert die Kündigung des Lohnvertrages mit der Forderung: Zurückforderung der gesuchten Löhne und Rückgängigmachung der betrieblichen Verschlechterungen.

Wählt bei den Betriebsverwaltungswahlen im DEB nur oppositionelle Kollegen! Fordert den Ausschluß derjenigen Funktionäre aus dem Verband, die den faschistischen Schleicher-Loipart-Kurs unterstützen.

Bereitet die Betriebsratswahlen vor! Wählt in allen Betrieben, in allen Abteilungen und Branchen Delegierte auf die Einheits-Konferenzen der Textilarbeiter am 28. und 29. Januar 1933 in Plauen, Werdau, Chemnitz, Leipzig, Dresden und Zittau.

Schließt die kämpfende Einheitsfront! Einheitsfront aller Textilarbeiter gibt die Gewähr für die Führung erfolgreicher Kämpfe! Bezirkskomitee der KGD Sachsen, Industriegruppe Textil.

Erfolgreicher Bauarbeiterstreik in Böhmen

Die Belegschaft der Bauarbeiter auf der Schandau-Anlage Engelsburg in Böhmen führte einen erfolgreichen Streik durch. Der Unternehmer hat den Lohnabbau zurückgezogen. Der bereits abgesetzene Betrag wird nachgezahlt. Wahrungsgelungen finden nicht statt.

Durch das geschlossene Auftreten der gesamten Belegschaft unter Führung des roten Bauarbeiterverbandes konnte der Kampf leicht beendet werden.

Erfolg durch passive Resistenz

Gegen den Versuch der Direktion und Verwaltung des Mont Schandau („Kölnische Zeitung“) durch Verhängen des Arbeitsvertrages ohne Lohnausgleich einen Lohnabbau von 15% Prozent zurückzunehmen, traten die Belegschaftsmitglieder in die passive Resistenz mit dem Erfolge, daß die Direktion ihre Maßnahmen zurücknehmen mußte. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsleitung aber war gewillt, die Lohnabbauforderungen der Direktion zu akzeptieren.



Wacker in Chemnitz wurde eine dauernde Senkung der Arbeitslöhne vorgenommen. Die Arbeiter dieses Betriebes erzielten früher für ein Werkstück 8,00 Mark und jetzt nur noch 6,20 Mark. Eine Textilfirma Wacker bei Heugersdorf hat durch raffinierte Methoden eine 10 bis 15prozentige Kürzung der Löhne erzielt.

Während die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Textilbetrieben für Hungerlöhne bis zum Weißbrot kämpfen müssen, haben eine Reihe Textilunternehmungen in den letzten Wochen 5-10 Prozent Dividende für ihre Aktionäre ausgeschüttet.

Die neue Schleicher-Regierung verläßt mit neuen Methoden, mit Scheinoppositionen und logischen Fiktionen und unter feinerer Einbegleichung des ADGB und der KPD in ihre Regierungspolitik die Unterdünungsmaßnahmen einschließlich des Abbaus der Löhne nachdrücklich fortzuführen. Der Bundesparlament des ADGB hat sich bereit erklärt, die scheinliche Schleicher-Regierung zu unterstützen.

Wit dem Abbau der Löhne, mit dem Mittelverfall, mit der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben muß Schluß gemacht werden. Die letzten Löhne reichen bei weitem nicht mehr zu, um das Notwendigste zum Lebensunterhalt kaufen zu können.

In roter Einheitsfront zum Kampf!

Das Bezirkskomitee der KGD und die Landesleitung der Industriegruppe Textil wenden sich in diesem Aufruf an alle Textilarbeiter Sachsens, in viel breiterer Front als bei der Lohnbewegung im vergangenen Herbst die Einheitsfront aller Textilarbeiter in den Betrieben herzustellen zum gemeinsamen Kampfe gegen die Lohnabbaupläne und Maßnahmen der Unternehmer und ihrer Regierung.

Die letzte Lohnbewegung hat gezeigt, daß es die Unternehmer durch die Streikvorbereitungen und Streikführungen der KGD und des Rates Textilarbeiterverbandes nicht gewagt haben, einen generellen Lohnabbau in der sächsischen

Kampf um jede Gewerkschaftsposition!

Wir können die entscheidende Tatsache feststellen, daß gegenwärtig kaum ein Tag vergeht, an dem nicht in irgendeiner Zahlreiche oder Ortsverwaltung, reformistischer oder anderer Gewerkschaftsverbände die Opposition einen weiteren Vormarsch machen kann. Gest nur zwei Tagen berichteten wir darüber, daß bei den Chausseuren in Weidenfels bei der Wahl am letzten Sonntag die Opposition für alle Funktionen die Mehrheit der Stimmen erhielt. Drei neue Gewerkschaften können heute dazu berichtet werden.

Gilkersburg, 11. Januar 1933.

In der letzten Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer wurde die Liste der Opposition mit Mehrheit gewählt. Die gesamte Ortsverwaltung wurde von der Opposition besetzt. Das Wahlergebnis ist mit einer Ausnutzung der Streikdruckpolitik, die die Reformisten bei der Abwägung der letzten Lohnbewegung in der Höllefabrik Hiesiger erwarbten. Sie verließen sich auf die Unterstützung zu drücken, indem sie zunächst Parteipersonal verlangten. Die Opposition leistete jedoch Widerstand und damit eine politische Entscheidung durch.

Reibitz, 12. Januar 1933.

In der Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Reibitz, fand die Renouierung der Ortsverwaltung statt. Dabei wurden wieder rechte oppositionelle Kollegen gewählt. Obwohl die Reformisten alles versuchten, die Opposition zu schwächen, konnte sie nicht ausweichen. In der Generalversammlung, die von gutem Willen getragen war, wurde einstimmig eine Entschließung gegen den Tripart-Schleicher-Kurs angenommen.

Sadmitz-Plaue, 12. Januar.

Wie wir bereits gestern kurz berichteten, fanden am 10. Januar hier für die Zahlstelle Plaue des Reichsbrot- und Getreideverbandes die Ortsverwaltungswahlen statt. Die sozialdemokratischen Funktionäre hatten verabschiedlich die Opposition gewählt. Da diese die jetzt best ohne neuntausendert Einfluß war, bei den Wahlen wurde jedoch die gesamte Ortsverwaltung von der Opposition besetzt.

